



Die Zürcher Klubs kommen für maximal die Hälfte der Polizeikosten auf.

KEYSTONE

Krawallmacher müssen einen Preis bezahlen

Der Steuerzahler übernimmt Millionen von Franken für Polizeieinsätze an Fussballspielen. Es ist Zeit, auch hier das Verursacherprinzip stärker anzuwenden. Von Tobias Marti

Die Gewalt rund um den Fussball lieferte auch 2024 wüste Bilder. Besonders gross ist das Problem in Zürich, wo sich die gewaltbereiten Fanlager der beiden Stadtklubs bekriegen: Hooligans sprühen Pfefferspray in der S-Bahn, Krawallmacher versuchen die Tiefgarage des Stadions zu stürmen, die Polizei kesselt Hunderte Fans ein. Dies nur einige Vorfälle aus dem Herbst.

Wer das Grossaufgebot an Polizei sieht, das Fanmärsche begleitet oder die verfeindeten Lager auseinanderhält, den beschleicht unweigerlich eine Frage: Wer bezahlt das eigentlich? Die Antwort ist so simpel wie frustrierend: zum Grossteil der Steuerzahler. Dies zeigt der Blick auf die Polizeikosten der vergangenen Jahre. Die NZZ hat von der Stadtpolizei die Abrechnung verlangt, deren Begleichung sie ihrerseits bei den beiden Klubs eingefordert hatte. Dabei zeigt sich: Die Klubs übernehmen maximal die Hälfte der Kosten. Für die Hauptlast muss die Allgemeinheit aufkommen. Hintergrund ist ein Verteilschlüssel, mit dem die Klubs seit über einem Jahrzehnt gut davongekommen sind. Die Vereine profitieren bei jedem Spiel von einer 50-prozentigen Kostenreduktion. Sie bezahlen damit nur die Hälfte von dem, was am Ende ein Polizeieinsatz gekostet hat. Ausserdem schenkt ihnen die Stadtpolizei für jedes Spiel 200 Einsatzstunden als Grundauftrag.

Gedeckelte Rechnung

Komme, was wolle, die Klubs können entspannt auf die sich zusammenlappenden Polizeikosten blicken. Denn für sie ist die Rechnung Ende Jahr gedeckelt. Jeder Verein muss maximal eine halbe Million Franken pro Jahr bezahlen. Es spielt keine Rolle, ob der Betrag schon nach zehn Spielen oder erst Ende der Saison erreicht wird.

Im Jahr 2024 haben sowohl GZ als auch der FCZ diesen Deckel erreicht. Macht je eine halbe Million Franken Polizeikosten für den Steuerzahler. Diese Rechnung wiederholt sich im vergangenen Jahrzehnt immer wieder. Von 2014 bis 2024 erreichte der FCZ den Deckel sechs Mal, die Grasshopper drei Mal.

Ob die Anwendung des Verursacherprinzips, personalisierte Tickets oder die Fanarbeit – um die Gewalt einzudämmen, braucht es eine Bündelung der Instrumente.

Wie viele Kosten über den Deckel hinaus angefallen sind, kann die Polizei wegen des grossen Aufwandes nicht rekonstruieren. Die NZZ hat darum, gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz, bei der Behörde ein Einsichtsgesuch gestellt. Klar ist: Jeder Franken über den Deckel hinaus ging auf das Konto der Steuerzahler. Seit 2014 kommt für die Allgemeinheit einiges an Polizei-Einsatzstunden zusammen: mindestens 4,5 Millionen beim FCZ sowie 3,8 Millionen Franken bei GC. Dazu kommen die internationalen Spiele der Vereine, die seltener sind, auf ein Jahrzehnt gerechnet aber eine weitere Million Franken verursacht haben.

Es ergibt zwar durchaus Sinn, dass ein Teil der Kosten vom polizeilichen Grundauftrag abgedeckt wird. Dass sich die Klubs aber so wenig an den Kosten beteiligen, leuchtet nicht länger ein. Der Kostendeckel sollte erhöht werden. Das Problem mit gewalttätigen Fans darf nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

Im Zürcher Stadtparlament wurde eine Erhöhung des Deckels an der vergangenen Budgetdebatte im Dezember diskutiert. Jedoch ohne Entscheid. Dieser wurde auf dieses Jahr vertagt. Bei anhaltendem Trend spricht alles für eine Erhöhung des Kostendeckels. Von linker Seite im Stadtparlament war zu hören, dies sei ungerecht, die Sportvereine seien die Einzigen, die sich an Sicherheitskosten beteiligen müssten. Schliesslich verrechne die Polizei dem Sechseläuten ja auch nichts. Aber das Argument überzeugt nicht. Ein Sechseläuten findet einmal im Jahr statt – und nicht praktisch jedes Wochenende wie bei den Fussballspielen.

Sowieso lassen sich Fussballspiele eher mit Konzerten vergleichen. Jeder Veranstalter weiss, dass er für die Sicherheitskosten selber aufkommen muss. So hat die Polizei den Taylor-Swift-Konzerten in Zürich 400 000 Franken in Rechnung gestellt. Dabei hat man noch nie gehört, dass an Konzerten der Amerikanerin verfeindete Fangruppen aufeinander losgehen würden. Anders im Fussball, wo Aggression und Gewalt scheinbar zu einer Art Folklore zu gehören scheinen.

Letztlich geht es in der Diskussion über Sicherheitskosten um die Frage nach dem Verursacher-

prinzip – und dieses sollte in der Schweiz gelten. Dass die Bevölkerung eine Überwälzung von Kosten wünscht, sah man im Kanton Zürich im deutlichen Abstimmungsresultat zum Gegenvorschlag der sogenannten «Anti-Chaoten-Initiative». Eine Mehrheit von 64 Prozent befürwortete vergangenes Jahr ein härteres Durchgreifen bei Demonstrationen und Störungen der öffentlichen Ordnung. Nicht nur die Landbevölkerung, auch die Städter waren dafür.

Zwei Dinge sollen nachjustiert werden: Künftig werden die Polizeikosten für ausserordentliche Einsätze zwingend verrechnet – dies aber nur bei vorsätzlichem Handeln. Und jede Demo oder Kundgebung braucht eine Bewilligung der Gemeinde. Zurzeit feilt der Kantonsrat an den Details zur Umsetzung des Volksauftrags, etwa wie die Kosten den Verursachern anteilmässig nach ihrem Beitrag auferlegt werden sollen. Dabei gilt es, einen sogenannten Chilling-Effekt zu vermeiden. Dieser tritt ein, wenn Menschen durch verschärfte Regeln auf ihr Versammlungsrecht verzichten. Darum braucht es eine mögliche Obergrenze der finanziellen Forderungen.

Neue Wege erproben

Bereits jetzt sollte aber klar sein: Was bei Demos greift, muss auch im Kampf gegen militante Fussball-Ultras gelten. Wer vorsätzlich einen Polizeieinsatz verursacht, muss diesen bezahlen. Denn auch die Szenen rund um die Stadions stehen in einem offensichtlichen Gegensatz zu den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Das Vorgehen bei Fussballspielen funktioniert so: Die Vereine erhalten als Veranstalter von der Gemeinde eine Bewilligung für den Match. Die Behörden können auslegen, was sie als verhältnismässig ansehen, etwa ob ein Fanmarsch dazugehört soll. Wenn nun militante Fussball-Ultras im Zug die Notbremse ziehen, wenn sie Gleise besetzen, oder wenn ein Fanmarsch gewalttätig wird, sieht die Initiative vor, dass sich der Veranstalter davon abgrenzen kann. Damit soll der Veranstalter geschont werden, wenn er sich kooperativ verhält. Die einzelnen Straftäter müssen dann geradestehen.

Das ist zu begrüßen, ein grundlegendes Problem bleibt jedoch bestehen: Es muss eine widerrechtliche Handlung nachgewiesen werden – nur lassen sich bereits heute die militanten Anhänger der Klubs nur schwer identifizieren. Ihre Kleider sind uniform, dazu kommt eine Vermummung, und das oberste Gebot der gut organisierten Ultra-Szene lautet sowieso: schweigen. Es braucht darum Spezialisten bei den Strafverfolgern, die sich mit der Szene auskennen. Spezialisten, die etwa frühzeitig Hinweise auf geplante Aktionen erhalten. Es ist darum zu begrüßen, wie die Zürcher Kantonspolizei auf die Gewalt im Herbst reagierte, indem sie eine Task-Force eingesetzt hat.

Natürlich führt die Polizei lediglich aus, was die Politik ihr vorgibt. Praktisch bedeutet dies gerade in der rot-grün regierten Stadt Zürich oftmals eine taktische Wischwaschi-Linie, wo einmal interveniert wird, ein andermal nicht. Der Umgang mit Gewalttätern wirkt zu zögerlich. Meint es die Politik wirklich ernst, braucht es mehr Mittel für die konsequente Verfolgung der Täter. Zumal die meisten Fans völlig friedlich sind, die Rede ist von einigen hundert Krawallbrüdern, die eine ganze Szene in Sippenhaft nehmen. Genau diese Gewalttäter muss die Polizei aus der Menge herausgreifen können, und dafür braucht sie die notwendigen Einsatzkräfte. Dafür sind mehr Polizeistellen notwendig.

Der Gegenvorschlag zur «Anti-Chaoten-Initiative» ist ein letztes ordnungspolitisches Zeichen aus der Politik. Dieses soll auf Unruhestifter eine abschreckende Wirkung haben. Danach bleibt nur noch das personalisierte Ticket. Mit diesem sollen Hooligans bereits beim Billettkauf ausgesiebt werden. Ein Abgleich zwischen Käufer und Hooligan-Datenbank macht es möglich. An grossen Konzerten sind derlei Tickets immer häufiger Realität. Nur zögern die Klubs und die Liga die Massnahme ärgerlicherweise seit Jahren hinaus. Sie warnen vor Wartezeiten beim Eingang, weil die Identität der Fans überprüft werden müsse. Zudem sei die Sitzplatzpflicht kaum durchsetzbar. Am Ende ist es wohl einfach die Befürchtung, weniger Billette zu verkaufen.

Aber irgendwann müssen neue Wege erprobt werden, nötigenfalls gegen den Willen der Sportklubs, danach kann man Bilanz ziehen. Auch die Politik hat genug vom endlosen Streit: Der Ständerat stimmte kürzlich den personalisierten Tickets zu, und sogar die mächtige SP der Stadt Zürich wehrt sich nicht mehr gegen diese Massnahmen. Jüngst unterstützte sie ein Vier-Säulen-Modell, das nebst Repression auch Prävention wie Deeskalation vorsieht.

Es ist dieser Mix, der zu einer Verbesserung führen kann. Es braucht darum auch eine starke Fanarbeit und das Gespräch mit den Fankurven. Es müssen jene Kreise abgeholt werden, die sich grundsätzlich friedlich verhalten. Dabei ist es unabdingbar, dass sich die Klubs klar gegen Fan-gewalt aussprechen.

Klar ist: Ob die Anwendung des Verursacherprinzips, personalisierte Tickets oder die Fanarbeit – um die Gewalt im Fussball einzudämmen, braucht es eine Bündelung der verschiedenen Instrumente.